



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoglu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten 5: Biometrie-Daten zur Verlängerung befristeter Aufenthaltstitel sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Speicherung und Wiederverwendung der Biometriedaten im Rahmen der Erteilung von befristeten Aufenthaltstiteln einzusetzen, um so die Ausländerbehörden zu entlasten.

Begründung:

Verschiedene befristete Aufenthaltstitel müssen in unterschiedlicher Regelmäßigkeit verlängert werden, z.B.: Aufenthaltserlaubnis nach § 7 AufenthG (1-3 Jahre), Blaue Karte EU nach § 18b Abs. 2 AufenthG (max. 4 Jahre), Aufenthaltserlaubnis zur Ausbildung (für die Dauer der Ausbildung), Aufenthaltserlaubnis zur Erwerbstätigkeit (i.d.R. 1-3 Jahre), Aufenthaltserlaubnis für Studierende (i.d.R. 2 Jahre), Aufenthaltserlaubnis für Familiennachzug (i.d.R. 1-3 Jahre), Aufenthaltserlaubnis für humanitäre Gründe (i.d.R. 1 Jahr), usw. (Quelle: <https://passexperten.de/ratgeber/aufenthaltstitel-verlaengern/>)

Nach aktueller Regelung müssen für jede Verlängerung die Biometriedaten (Fingerabdrücke, Lichtbild, Unterschrift) der antragstellenden Person neu erfasst werden. Asylbewerber*innen und Titelinhaber*innen nach § 24 AufenthG müssen diese im Rahmen der PIK-Registrierung (Personalisierungsinfrastrukturkomponente) sogar mehrfach abgeben. Eine Speicherung der Daten im Ausländerzentralregister bei der Ersterteilung des befristeten Aufenthaltstitels sowie die Wiederverwendung der erhobenen Daten würde die Ausländerbehörden enorm entlasten. Lichtbilder sind nach Ermessen der Behörde zu aktualisieren. Da sich die Fingerabdrücke eines Menschen im Laufe des Lebens nicht verändern, sind hierbei keine sicherheitsrechtlichen Bedenken gegeben. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine entsprechende Anpassung der derzeitigen Regelung einzusetzen.